

## Rückblick Frühjahrsession 2020

Andreas Ott, Fraktionssekretär

Die Frühjahrsession 2020 der eidgenössischen Räte wurde wegen der aktuellen Lage um das Corona-Virus nach zwei Wochen abgebrochen.

### WICHTIGSTE GESCHÄFTE



# POSITIV

#### Parlament stellt sich hinter Industriestandort Schweiz

[19.038 Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten. Volksinitiative](#)  
[19.4376 Mo. Abwanderung sicherheitsrelevanter Schweizer Firmen verhindern](#)

Eine Volksinitiative will die Finanzierung von Kriegsmaterialherstellern weltweit verbieten. Darum will sie der Nationalbank und den Pensionskassen die Finanzierung von Unternehmen untersagen, die mehr als fünf Prozent ihres Umsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erwirtschaften. Betroffen sind damit nicht nur Grossunternehmen, sondern auch mittelgrosse Firmen und KMU, welche als Zulieferbetriebe fungieren. Der Nationalrat empfiehlt diese für den Industriestandort Schweiz schädliche Initiative zur Ablehnung. Gleichzeitig pfeift er die Bundesverwaltung zurück und stellt sich hinter die PILATUS Flugzeugwerke. Ihnen war auf Grundlage des Söldnergesetzes verboten worden, Wartungsarbeiten in gewissen Staaten durchzuführen, obwohl die Flugzeuge seinerzeit mit einer Bewilligung des Bundes exportiert worden waren. Ein Unsinn, den der Bundesrat nun korrigieren muss.

#### Nationalrat hält an Verordnungsveto fest

[14.422 Pa.Iv. Aeschi. Einführung des Verordnungsvetos](#)

Mit dem Erlass von Verordnungen setzt der Bundesrat Gesetze um und präzisiert diese. Wenn er dabei seinen Entscheidungsspielraum überschreitet, hat das Parlament als Gesetzgeber heute kein griffiges Instrument, um Verordnungen des Bundesrates zu korrigieren. National- und Ständerat sind sich uneins, ob das Parlament – wie von der SVP vorgeschlagen – nun ein Vetorecht erhalten soll. Der Ständerat versteckt sich hinter der Ausrede, es sei zu kompliziert. Doch der Nationalrat beharrt darauf. Jetzt ist der Ständerat wieder am Zug.

#### Gewalt gegen Behörden und Beamte endlich härter bestrafen

[16.496/16.501 Pa.Iv. Guhl/Romano Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte. Anpassung des Strafmasses in Artikel 285 StGB](#)

Jedes Jahr nehmen Gewalttaten gegen Polizisten, Kondukteure, Buschauffeure und sogar Rettungssanitäter zu. Das haben nach der SVP nun auch endlich FDP und CVP erkannt. So will eine Mehrheit im Nationalrat, dass bei Gewalttaten gegen Behörden und Beamte eine Mindeststrafe von drei Tagen eingeführt wird. Damit kommen beispielsweise gewalttätige Demonstranten nicht mehr einfach mit einer Geldstrafe davon. Kein Wunder, lehnt die Linke das Anliegen ab.

### **Wehret den Anfängen: Mobility-Pricing vorerst vom Tisch**

[19.3741 Motion Müller Damian Mobility-Pricing schafft Fairness in der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur](#)

Weil Elektroautos keine Mineralölsteuern zahlen, will Ständerat Damian Müller, dass diese anderweitig Abgaben entrichten. Aber Achtung: Hinter dem Stichwort «Mobility Pricing» versteckt sich ein folgenschweres Konzept, nämlich die Besteuerung abhängig von gefahrenen Kilometern, der Tageszeit, je nach Strasse und Ort. Angesichts der linken Verkehrspolitik in vielen Städten würde dies den Individualverkehr für Normalbürger unerschwinglichen machen. Das Pendeln aus Randregionen könnte sich niemand mehr leisten oder wäre nur noch zu Randzeiten möglich. Darum ist richtig, dass der Ständerat diesem Ansinnen eine Abfuhr erteilte.



### **Teure Entlassungsrente für den Abstimmungskampf gegen die SVP-Begrenzungsinitiative**

[19.051 Überbrückungsleistung für ältere Arbeitslose. Bundesgesetz](#)

Anstatt mit der Begrenzungsinitiative endlich die Zuwanderung zu begrenzen, damit ältere Arbeitnehmende nicht mehr durch billige EU-Ausländer ersetzt werden, stampft das Parlament im Eiltempo eine neue Sozialversicherung aus dem Boden. So sollen ältere Arbeitslose vom Staat Almosen erhalten, obwohl sie arbeiten möchten. Die SVP warnte vergebens vor den negativen Seiten dieser «Entlassungsrente»:

- Unternehmen erhalten Fehlanreize, weil sie ältere Arbeitnehmer kurz vor der Pensionierung ohne schlechtes Gewissen entlassen und durch jüngere, billigere EU-Ausländer ersetzen können.
- Jedes Jahr werden hunderte von Millionen Franken für eine neue Rente ausgegeben, statt zuerst die AHV und die zweite Säule zu sanieren.
- Das Problem der ungebremsten Zuwanderung in unseren Arbeitsmarkt geht weiter und verschärft das Problem der Altersarbeitslosigkeit – ein Fass ohne Boden!

Einer Mehrheit aus SP, Grünen, CVP und FDP scheint für den Erhalt der Personenfreizügigkeit mit der EU jedes Mittel recht. Bei der Überbrückungsrente handelt sich um den teuersten Abstimmungskampf der Schweizer Geschichte.

### **Unternehmensstandort Schweiz in Gefahr**

[17.060 Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt. Volksinitiative](#)  
[16.077 OR. Aktienrecht](#)

Die Unternehmensverantwortungs-Initiative will, dass Unternehmen mit Sitz in der Schweiz für alle weltweiten Aktivitäten ihrer Tochtergesellschaften haften. Ausländische Umweltverbände oder Gewerkschaften könnten in der Schweiz ansässige Unternehmen an einem Schweizer Gericht einklagen für Vorgänge, die sich im Ausland abspielen und eigentlich dort nach lokalem Recht beurteilt werden müssten. Über Nacht würde sich die Schweiz zu einem sehr unattraktiven Standort für internationale Firmen machen. Zwar empfiehlt das Parlament die Volksinitiative zur Ablehnung, streitet sich nun aber über die Ausgestaltung eines indirekten Gegenvorschlags. Während der Gegenvorschlag des Nationalrats praktisch einer Umsetzung der Initiative gleichkommt und weitgehende Haftungsregeln vorschreibt, will jener

des Ständerates, dass die Unternehmen eingehender Bericht erstatten müssen. Zwischen diesen beiden Optionen unterstützt SVP den Gegenvorschlag des Ständerates, möchte die Initiative aber eigentlich ohne Gegenvorschlag vors Volk bringen.

### **Schweizer Neutralität in Gefahr**

[18.4123 Mo. Fraktion V. Verzicht auf eine Kandidatur für den UNO-Sicherheitsrat](#)

Die Rolle des UNO-Sicherheitsrates ist es, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Kein Ort für ein neutrales Land wie die Schweiz, möchte man meinen. Doch ausser der SVP scheinen alle Parteien mit den Grossen und Mächtigen dieser Welt am Tisch sitzen zu wollen, ungeachtet der folgeschweren politischen Konsequenzen, die diese Machtspielchen haben können. So lehnt eine Mehrheit des Nationalrates einen Vorstoss der SVP ab, der es dem Bundesrat verbieten wollte, sich für den UNO-Sicherheitsrat zu bewerben.

### **Noch mehr Wirtschaftsmigranten in der Schweiz?**

[18.4141 Mo. Fraktion V. UNO-Flüchtlingspakt. Rückzug der Schweiz](#)

Alle Parteien ausser der SVP lehnen es ab, dass sich die Schweiz aus dem UNO-Flüchtlingspakt zurückzieht, den der Bundesrat vergangenes Jahr quasi auf dem Korrespondenzweg genehmigte. Dieser Pakt will unter anderem, dass die Folgen des Klimawandels als Fluchtgrund anerkannt werden und sich die Schweiz an Programmen beteiligt, um Migranten aktiv in die Schweiz zu holen.

## **STAATSPOLITIK**

### **Abgewählte Parlamentarier sollen weiterhin finanzielle Unterstützung erhalten**

[16.460 Pa. Iv. Rickli. Abschaffung der Überbrückungshilfe für Ratsmitglieder.](#)

In einem Milizparlament wie es die Schweiz hat, gehen die meisten Parlamentarier nebst der Politik noch einer weiteren Beschäftigung nach – müsste man meinen. Doch es gibt immer mehr Berufspolitiker, die finanziell auf ihr Amt angewiesen sind. Nur so lässt sich erklären, dass nur eine Minderheit inkl. der SVP die Überbrückungshilfe für abgewählte Parlamentarier streichen wollte, obwohl sie bereits Arbeitslosengelder erhalten. Immerhin konnte sich die Mehrheit durchringen, die Zahlungen für jene Parlamentarier abzuschaffen, die freiwillig zurücktreten. Ja, selbst solche können heute eine Übergangshilfe beantragen.

### **Ständerat lehnt Transparenzinitiative ab**

[18.070 Für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung \(Transparenz-Initiative\). Volksinitiative.](#)

[19.400 Pa.Iv. SPK-SR Mehr Transparenz in der Politikfinanzierung.](#)

Die Transparenz-Initiative verlangt, dass Parteien ihre Bilanz und ihre Erfolgsrechnung sowie die Herkunft aller Spenden von über 10 000 Franken pro Jahr und Person offenlegen müssen. Bei Kampagnen sollen auch Personen und Komitees dazu verpflichtet werden, ihre Spenden über 10 000 Franken zu deklarieren, sofern sie insgesamt über 100 000 Franken einsetzen. Die Annahme anonymer Spenden soll zudem grundsätzlich verboten werden. Der Ständerat empfiehlt die Volksinitiative zwar zur Ablehnung, stimmte aber gegen den Willen der SVP gleichzeitig einem indirekten Gegenvorschlag zu. Dieser sieht mit 250 000 bzw. 25 000 Franken höhere Schwellenwerte vor, was besonders bei kleineren Abstimmungskomitees unnötige Bürokratie verhindert. Allerdings will der Ständerat im Gegensatz zur Initiative die Annahme von Geld aus dem Ausland und anonyme Zuwendungen verbieten – unabhängig vom Betrag. Die SVP ist gegen Initiative und Gegenvorschlag, weil die Regelung eine Scheintransparenz vorgaukelt. In Tat und Wahrheit ist es nämlich einfach, sie zu umgehen. Zudem sollen Spender analog zum Stimmgeheimnis das Recht haben, Geld für ihre politischen Überzeugungen auszugeben, ohne dass sie anschliessend in einem öffentlich einsehbaren Register landen.

## AUSSENPOLITIK

### **Parlament genehmigt Handels- und Landwirtschaftsabkommen**

[20.008 Aussenwirtschaftspolitik 2019. Bericht](#)

National- und Ständerat genehmigten ein Handelsabkommen mit Grossbritannien, um die bestehenden Handelsbeziehungen auch nach dem BREXIT aufrechtzuerhalten. Auch ein Handelsabkommen mit der Türkei und ein Landwirtschaftsabkommen mit Israel wurden genehmigt. Die SVP stimmte sämtlichen Abkommen – auch jenem mit Israel – zu, da es nur Landwirtschaftsprodukte betrifft, die für unsere Landwirtschaft nicht relevant sind.

### **Vorbereitungen für den EU-Beitritt?**

[18.3059 Po. Nussbaumer. Zukünftige parlamentarische Mitwirkung in Angelegenheiten Schweiz/EU](#)

Der Nationalrat den Bundesrat u.a. zu prüfen, ob ein parlamentarisches Verbindungsbüro zur EU und Kommissionen für die Mitwirkung in den europäischen Agenturen geschaffen werden sollten. Die SVP stellte sich alleine gegen die Arbeiten, die offenbar eine noch stärkere Annäherung oder gar einen EU-Beitritt vorbereiten.

### **Soft Law: Parlament besser einbeziehen**

[18.4113 Mo. Romano Für eine gemeinsame Aussenpolitik. Soft Law muss in Absprache mit dem Parlament erarbeitet werden](#)

Eine Mehrheit des Nationalrats mit einstimmiger Unterstützung der SVP verlangt vom Bundesrat, dass dieser das Parlament bei sogenanntem Soft Law besser einbindet. Dabei handelt es sich um vordergründig unverbindliche internationale Konventionen, die sich aber über die Jahre zu internationalen Standards entwickeln, an welche sich die Schweiz dann de facto halten muss, wenn sich keine Nachteile erleiden will. Bisher entscheidet der Bundesrat eigenständig darüber ohne Parlament und Stimmvolk fragen zu müssen.

## SICHERHEITSPOLITIK

### **Nationalrat für gesetzliche Regeln zum Export von Spionagesoftware**

[18.060 Güterkontrollgesetz. Änderung](#)

Der Bundesrat soll die Ausfuhr von Geräten und Software zur Internet- und Mobilfunküberwachung weiterhin verweigern können, wenn Grund zur Annahme besteht, dass diese zur Repression genutzt werden. Der Nationalrat ist einstimmig dafür, eine Gesetzesgrundlage zu schaffen und die befristeten Verordnungen ins ordentliche Recht zu überführen.

### **Ständerat verschärft Anti-Terror-Vorlagen des Bundesrats**

[19.031 Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz](#)

Härtere Strafen für Terroristen, Hausarrest für terroristische Gefährder: Der Ständerat hat die Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus mit Unterstützung der SVP im zweiten Anlauf gutgeheissen. Er folgt in den Kernpunkten dem Bundesrat, verschärft aber das Strafmass. Vorgesehen ist etwa, dass sich Gefährder regelmässig bei einer Behörde melden müssen, dass ihnen die Ausreise verweigert oder ein Rayonverbot verhängt wird. Auch ein Hausarrest kann verhängt werden – indes nur mit einer richterlichen Genehmigung.

## RECHTSFRAGEN

### **Unnötiges Geldwäschereigesetz vom Tisch**

[19.044 Geldwäschereigesetz. Änderung](#)

Der Nationalrat ist dank der bürgerlichen Parteien nicht auf die vom Bundesrat vorgeschlagene Änderung des Geldwäschereigesetzes eingetreten. Dieses hätte den Anwendungsbereich des Gesetzes massiv ausgeweitet und das Anwaltsgeheimnis ausgehebelt. Unter dem Strich hätte der Finanzplatz wieder einmal bluten müssen.

### **Bauern sollen bei Enteignung dreifachen Schätzpreis erhalten**

[18.057 Bundesgesetz über die Enteignung. Änderung](#)

Besitzer von landwirtschaftlichem Kulturland sollen bei der Enteignung ihres Landes künftig das Dreifache des geschätzten Höchstwerts erhalten. Damit soll ein entstehender Schaden abgegolten werden. Der Nationalrat ist damit dem Vorschlag des Ständerats und der SVP gefolgt.

## **WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK**

### **Bussen aus dem Ausland künftig von Steuern abziehbar**

[16.076 Bundesgesetz über die steuerliche Behandlung finanzieller Sanktionen](#)

Einige ausländische Staaten haben es auf Schweizer Firmen abgesehen und brummen ihnen saftige Bussen auf, um ihre Staatskassen zu füllen, so z.B. Frankreich mit der UBS. Deshalb sollen Unternehmen mit Sitz in der Schweiz ausländische Geldstrafen und Bussen unter gewissen Umständen von den Steuern abziehen dürfen. Nämlich dann, wenn die entsprechende Handlung in der Schweiz legal ist und die Busse gegen den schweizerischen Ordre public verstösst. Oder dann, wenn die steuerpflichtige Person glaubhaft darlegt, dass sie alles Zumutbare unternommen hat, um sich rechtskonform zu verhalten. Nach über zwei Jahren konnten sich National- und Ständerat endlich auf einen Kompromiss einigen.

### **Anpassungen bei der Kurzarbeit**

[19.035 Arbeitslosenversicherungsgesetz. Änderung](#)

Angestellte müssen während des Bezugs von Kurzarbeits- oder Schlechtwetterentschädigung keine Zwischenbeschäftigung mehr suchen. National- und Ständerat haben in der Frühlingssession letzte Differenzen bereinigt. In der Praxis ist die Bedeutung der Zwischenbeschäftigung schon heute gering. Die Betroffenen müssen nämlich jederzeit bereit sein, ihr Arbeitspensum in ihrem angestammten Betrieb wiederaufzunehmen.

### **Parlament beschliesst unnötige staatliche Prüfbehörde**

[18.3021 Mo. Rieder Schutz der Schweizer Wirtschaft durch Investitionskontrollen](#)

Viele Schweizer stören sich zurecht daran, wenn chinesische Firmen Schweizer Unternehmen übernehmen. Doch mit der Schaffung einer staatlichen Kontrollbehörde schießt das Parlament mit Kanonen auf Spatzen. Künftig wird potenziell jede Investition von einer Behörde genehmigt werden müssen, nicht nur wenn es kritische Infrastrukturen oder systemrelevante Unternehmen betrifft. So werden sich ausländische Geldgeber zweimal überlegen, ob sie ihr Geld in Schweizer Unternehmern investieren wollen, auch aus Ländern, die unverdächtig sind.

### **Standardvertrag der Branchenorganisation Milch wird verbessert**

[19.3952 Motion WAK-S. Verlässlichkeit des Standardvertrags der Branchenorganisation Milch](#)

Jedes Jahr steigen scharenweise Bauern aus der Milchproduktion aus, weil die Rechnung schlichtweg nicht mehr aufgeht. Darum beauftragt das Parlament den Bundesrat einstimmig, bei der Branchenorganisation Milch darauf hinzuwirken, dass der Standardvertrag für den Kauf und Verkauf von Rohmilch verbessert wird. Der Milchkaufvertrag muss sicherstellen, dass der Milchlieferant vor Ablieferung weiss, zu welchen Preisen er Milch liefert, sodass er unternehmerisch planen kann. An der Segmentierung in A-, B- und C-Milch muss festgehalten werden. Dass es keinen C-Preis mehr gibt und dafür überschüssige Milch über den B-Kanal verkauft wird, darf nicht erlaubt sein. Es muss in jedem Fall ein separater Preis für B- und C-Milch festgelegt werden. Produzenten, die keine billige B- und C-Milch liefern wollen, dürfen nicht mit Mengenkürzungen im Bereich der A-Milch und der B-Milch bestraft werden.

### **Keine Förderung für den Anbau von Futterpflanzen und Eiweissquellen**

[18.3049 Mo. Nicolet. Für die Förderung der inländischen Produktion von Futterpflanzen und Eiweissquellen](#)

Immer weniger Futter wird in der Schweiz produziert. Im Gegenzug muss mehr Getreide, Soja und dergleichen importiert werden. Eine Motion aus der SVP wollte deshalb den inländischen Anbau unterstützen, nicht zuletzt, um kurze Produktionskreisläufe zu gewährleisten. Ein Anliegen, das die Grünen eigentlich unterstützen müssen. Doch sie konnten wohl nicht zugeben, dass die SVP als Landwirtschaftspartei eben auch nachhaltig denkt und so wurde die Motion leider knapp abgelehnt.

### **SVP kämpft allein auf weiter Flur gegen Regulierung**

[18.3061 Mo. Martullo Einführung des Prinzips "one in, two out" für neue Bundeserlasse](#)

Die FDP gibt sich gerne als Wirtschaftspartei. Doch wenn es ums Eingemachte geht, ist auf die Freisinnigen kein Verlass – von der GLP mal ganz zu schweigen. Und so wurde eine hochwirksame Motion der SVP abgelehnt. Diese hätte dazu geführt, dass für jede neue Regulierung mindestens doppelt so viele Regulierungen hätten ausser Kraft gesetzt werden müssen. Heute betragen die Regulierungskosten nämlich über 60 Milliarden Franken jährlich.

### **Schluss mit unverschämten Margen auf Importprodukte**

[19.037 Stop der Hochpreisinsel – für faire Preise. Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag](#)

Der Nationalrat mit mehrheitlicher Unterstützung der SVP will etwas gegen die hohen Schweizer Preise unternehmen. Die Fair-Preis-Initiative lehnt er ab. Mit grosser Mehrheit hat er aber beschlossen, deren Anliegen direkt ins Gesetz zu schreiben. Ziel ist es im Wesentlichen, dass Schweizer Kunden direkt im Ausland zu den dortigen Preisen einkaufen können. Dafür soll das Kartellgesetz verschärft werden. Zudem soll das Geoblocking verboten werden, mit dem Onlinehändler verhindern, dass Schweizer Kunden direkt in ausländischen Online-Portalen einkaufen können. Die neuen Regeln sollen nicht nur gegenüber ausländischen Unternehmen, sondern auch innerhalb der Schweiz gelten. Das würde Preiskontrollen durch Gerichte ermöglichen. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

### **Räte bereinigen Revision des Versicherungsvertragsgesetzes**

[17.043 Versicherungsvertragsgesetz. Änderung](#)

Die Revision des Versicherungsvertragsgesetzes ist bereit für die Schlussabstimmung. Die Ausmarchung zwischen den Interessen der Versicherer einerseits und der Konsumentinnen und Konsumenten andererseits hatte hitzig begonnen und endet nun einigermassen versöhnlich.

### **Quasi-automatische Lohnerhöhung in der Bundesverwaltung hinterfragen**

[19.3974 Po. FK-NR. Entkoppelung der Lohnentwicklung von der Leistungsbeurteilung](#)

Wer in der Bundesverwaltung eine gute Jahresbewertung erhält, wird automatisch mit einer Lohnerhöhung belohnt. Nur werden fast ausnahmslos alle Bundesangestellten mit gut bis sehr gut bewertet. Der Nationalrat beauftragte den Bundesrat deshalb, die Entkoppelung der Lohnentwicklung von der Leistungsbeurteilung zu prüfen und in einem Kurzbericht u. a. insbesondere aufzuzeigen, auf welchen Kriterien eine diesbezügliche Lohnpolitik basieren würde.

### **Aufnahme der Ausgesteuerten in die Arbeitslosenstatistik**

[18.3068 Mo. Grüter. Aufnahme der Ausgesteuerten in die Arbeitslosenstatistik](#)

Heute wird vom Bund nur als arbeitslos geführt, wer dem Arbeitsamt gemeldet ist und Arbeitslosengeld bezieht. Langzeitarbeitslose, die kein Anrecht mehr auf Arbeitslosengeld haben, werden nicht erfasst. Somit sind die Arbeitslosenstatistiken beschönigend. Gerne weist ja der Bundesrat auf die tiefe Arbeitslosigkeit trotz Personenfreizügigkeit hin, obwohl viele Schweizer durch billige EU-Ausländer ersetzt werden. Dank einer Motion aus der SVP sollen

nun alle Arbeitslose erfasst werden, auch die sogenannten Ausgesteuerten, die bereits aus dem System ausgeschieden sind.

## STAATSPOLITIK

### **Parlament heisst Verfassungsänderungen in fünf Kantonen gut**

[19.066 Kantonsverfassungen Uri, Tessin, Waadt, Wallis und Genf. Gewährleistung](#)

Das Parlament hat Verfassungsänderungen in den fünf Kantonen Uri, Tessin, Waadt, Wallis und Genf genehmigt. Zu reden gab im Nationalrat allerdings das Wahlsystem für den Urner Landrat. Der Nationalrat stimmte aber schliesslich zu, so wie zuvor der Ständerat. Eine Minderheit von SP, Grünen, GLP und EVP wollte die Verfassungsänderung nicht gutheissen, obwohl sie nicht gegen Bundesrecht verstösst, unterlag aber mit 103 zu 88 Stimmen und zwei Enthaltungen.

### **Pseudo-Gegenvorschlag zu Verhüllungsverbot bereit für Schlussabstimmung**

[19.023 Ja zum Verhüllungsverbot. Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag](#)

Wer sich in der Schweiz vor Behörden oder im öffentlichen Verkehr identifizieren muss, soll gesetzlich verpflichtet werden, das Gesicht zu zeigen. Obwohl dies bereits heute eingefordert werden kann, gaukelt das Parlament damit einen indirekten Gegenvorschlag zur Burka-Initiative vor. Der Nationalrat hat am Mittwoch stillschweigend die letzte Differenz bereinigt. Damit ist das Geschäft bereit für die Schlussabstimmung.

## SOZIAL- UND GESUNDHEITSPOLITIK

### **Grosszügigkeit gegenüber ehemaligen Verdingkindern**

[19.471 Pa.IV. Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen. Fristverlängerung](#)

Ehemalige Verdingkinder und administrativ Versorgte sollen auch nach Ablauf der ursprünglichen Frist ein Gesuch um einen Solidaritätsbeitrag stellen können. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat einer entsprechenden Gesetzesänderung zugestimmt. Diese ist bereit für die Schlussabstimmung.

## UMWELT-, ENERGIE- UND KOMMUNIKATIONSPOLITIK

### **Bürokratie bei Fleischdeklaration**

Der Nationalrat verlangt, dass bei sämtlichen Fleischprodukten künftig die Schlachtmethode deklariert werden muss. Eine vernünftige Idee, nämlich die Offenlegung des Schächtens, wird so zum Papiertiger. Gerade bei verarbeitetem Fleisch und bei aus Fleisch hergestellten Erzeugnissen sind die Schlachtinfos für Importeure mit grossem Aufwand verbunden. Die SVP und der Bundesrat votierten vergebens dagegen.

## VERKEHRSPOLITIK

### **Nationalrat will mehr Geld für die Förderung der Verlagerung von Strasse auf Schiene**

[19.064 Zahlungsrahmen für die Förderung des alpenquerenden Schienengüterverkehrs. Änderung](#)

[20.017 Verlagerungsbericht 2019](#)

[20.3003 Mo- KVF-NR. Staatsvertrag für eine linksrheinische Neat-Zulaufstrecke](#)

Der Nationalrat will für die Förderung des alpenquerenden Schienengüterverkehrs deutlich mehr Geld ausgeben als der Bundesrat. Er entschied als Erstrat, anstatt 90 Millionen 385 Millionen Franken auszugeben und die Förderzeit zu verlängern. Mit Blick auf die Zulaufstrecken der Neat beschloss der Rat oppositionslos eine Motion für einen Staatsvertrag für eine linksrheinische Zulaufstrecke über französischen Boden. Er will den Bundesrat beauftragen, mit Frankreich und Belgien eine Alternativroute für den Güterverkehr voranzutreiben. Der

Ausbau der Zulaufstrecke in Deutschland kommt nur schleppend voran, was die Verlagerung des Güterverkehrs verzögert.

## EINGEREICHTE VORSTÖSSE DER FRAKTION

[20.1001](#) Dr. Anfrage. Einflussnahme des Bundesrates auf die EU-Kommission im Vorfeld der Abstimmung über die Begrenzungs-Initiative

[20.3105](#) Ip. Fraktion V. Drohende Migrationswelle aus der Türkei. Ist die Schweiz dieses Mal vorbereitet?

[20.3053](#) Ip. Fraktion V. Konsequenzen der fragwürdigen Dublin-Urteile des Bundesverwaltungsgerichtes

[20.3055](#) Mo. Fraktion V. Abschaffung der Guillotineklausel mit der EU. Nein zu einem Horizon-Europe-Abkommen mit Guillotineklausel

[20.3054](#) Po. Fraktion V. Phasenschieber an den Landesgrenzen auf dem länderübergreifenden Hochspannungsnetz

## EINGEREICHTE VORSTÖSSE VON FRAKTIONSMITGLIEDERN

[Parlamentarische Initiativen](#)

[Motionen](#)

[Postulate](#)

[Interpellationen](#)

[Anfragen](#)

[Fragestunde](#)